

AUFTRAG

ISSN 1866-0843

Verbandszeitschrift
Gemeinschaft Katholischer Soldaten

01.2024 | Heft 317

„Argumente sollen siegen, nicht die Macht von Traktoren“

Prof. Dr. Peter Schallenberg

Der neue
AUFTRAG zum
Thema
„Gemeinschaft“

SEMINAR

VORBEREITUNG AUF DIE 3. LEBENSPHASE

DIESE SEMINARE SIND EIN ANGEBOT AN AUS DEM DIENST AUSSCHIEDENDE SOLDATINNEN UND SOLDATEN UND IHRE PARTNER, SICH GEMEINSAM AUF DIE ZEIT NACH DER PENSIONIERUNG VORZUBEREITEN. NEBEN „HANDFESTEN“ INFORMATIONEN ZU FINANZEN, VERSICHERUNGEN, GESUNDHEIT ETC. GIBT ES VIELE ANREGUNGEN, SICH MIT DEN EIGENEN WÜNSCHEN, HOFFNUNGEN, EVTL. VORHANDENEN ÄNGSTEN AUSEINANDER ZU SETZEN UND SICH SOWOHL AUF DER SACHEBENE ALS AUCH GEISTIG-GEISTLICH AUF DIESE SPANNENDE, ABER AUCH HERAUSFORDERNDE NEUE LEBENSPHASE EINZUSTIMMEN.

TERMINE

02. BIS 06. APRIL 2025
10. BIS 14. SEPTEMBER 2025

ANMELDUNG AB SOFORT MÖGLICH!
MEHR INFOS UNTER:
[HTTPS://GEMEINSCHAFT-KATHOLISCHER-SOLDATEN.
DE/3-LEBENSPHASE](https://GEMEINSCHAFT-KATHOLISCHER-SOLDATEN.DE/3-LEBENSPHASE)

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Ich freue mich sehr für die Ausgabe 317 unserer Verbandszeitschrift das „Editorial“ schreiben zu dürfen, besonders, da es um das Thema „Gemeinschaft“ geht. Als langjähriges Mitglied der GKS habe ich Einblick in alle Ebenen unserer Gemeinschaft erhalten und darf sagen, dass unsere drei Schlagworte „Begegnung“, „Besinnung“, „Bildung“ nur in einer funktionierenden Gemeinschaft möglich sind. Ich glaube, dass gerade die GKS eine besondere Form der Gemeinschaft bietet, da sie eine Gemeinschaft von Soldatinnen und Soldaten ist, welche die speziellen Anforderungen des Soldatenberufes mit allen Fragen rund um Ethik, Moral und auch politischen Interessen eines Staatsbürgers in Uniform beleuchten kann. Gerade im Laienapostolat, das die äußerst wichtige Militärseelsorge ergänzt, können wir viele Aspekte, die unsere Soldatinnen und Soldaten beschäftigen, aufgreifen und aufgrund eigener Kenntnisse und Erfahrungen als Soldaten versuchen, Lösungen anzubieten. Auch das Motto der 64. Internationalen Soldatenwallfahrt 2024 nach Lourdes heißt nicht umsonst „Kommt in Gemeinschaft hierher“. Wer den besonderen Spirit und das Gemeinschaftsgefühl während dieser Wallfahrt einmal erlebt hat, kommt immer wieder und wird dieses Erlebnis niemals vergessen. Historisch können wir feststellen, dass sich schon immer, seit es Menschen gibt, Gruppen und Gemeinschaften gebildet haben. Das Gesicht einer Gemeinschaft drückt sich in der Regel durch gemeinsame Normen, Kultur, Werte, Bräuche, Identität, Ort oder Religion aus. Gerade Glaubens- oder Religionsgemeinschaften haben bereits früh eine hohe Bedeutung gewonnen und sorgten dafür, dass sich viele Menschen mit gleicher Gesinnung zusammenfanden. Eine Konsequenz ist allerdings auch, dass zwischen verschiedenen Gemeinschaften aufgrund unterschiedlicher Interessen Konfliktpotenziale entstehen können. Ich glaube, dass wir in der heutigen Zeit umdenken und aufgeschlossener anderen Gemeinschaften gegenüber werden müssen.



Oberstleutnant Frank Nowak,
Stellv. Bereichsvorsitzender West und
Kreisvorsitzender Koblenz

Was bedeutet Gemeinschaft wirklich? Für mich bedeutet es, nicht allein zu sein, Unterstützung und Hilfe in einer Gruppe mit gemeinsamen Interessen, Zielen und Grundsätzen zu erfahren. Es ist aber auch eine gegenseitige Verpflichtung. Nur, wenn man sich selbst in einer Gemeinschaft einbringt, kann ein Benefit erwachsen und durch die gegenseitige Verbundenheit allen zugutekommen. Es liegt in der Natur des Menschen, die Nähe und Sicherheit einer Gemeinschaft zu suchen, denn in so einer Gemeinschaft kann man sich durch soziale Aktivitäten und Erfahrungen charakterlich entwickeln und formen. Ich bin überzeugt, dass, wer sich uneigennützig seinem Gegenüber öffnet und Gutes tut, Dankbarkeit verspüren und dadurch mit etwas belohnt wird, was weit über materiellen Dingen liegt. Dieses Gefühl ist eine Bezahlung der Seele und des Herzens, was in meinen Augen unbezahlbar ist. In dieser Ausgabe wollen wir die hier genannten Aspekte auf verschiedene Weisen beleuchten. Sei es durch aktuelle Themen wie Proteste innerhalb einer Demokratie oder der Zusammenhalt bei gesellschaftlichen Veränderungen. Nicht zuletzt hoffe ich, dass die Werte unserer Gemeinschaft immer im Vordergrund stehen und wir dadurch die schweren Zeiten, die uns leider aktuell begleiten, überstehen werden und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Oberstleutnant Frank Nowak
Stellv. Bereichsvorsitzender West

INHALT



24

BEITRAG

„ARGUMENTE SOLLEN SIEGEN, NICHT DIE MACHT VON TRAKTOREN ODER KLEBSTOFFEN“

Eine Debatte über den Platz von Streiks und Protesten
in einer funktionierenden Demokratie.

AKTUELLES AUS DER GKS

- 06 Aktuelle Meldungen aus dem Verbands-
leben
- 08 Bericht von der Fachtagung „Militärseelsor-
ge“ des Deutschen Bundeswehrverbandes
- 10 GKS-Blitzlicher aus den vergangenen
Monaten

TITELTHEMEN

- 16 Interview „Der Streit wird aggressiver“
- 18 Über den Tellerrand geschaut: Caritas-Kam-
pagne – „Wo beginnt Frieden?“
- 24 Protest in einer lebendigen Demokratie
- 28 Enquetekommission: 20 Jahre Einsatz deut-
scher Kräfte in Afghanistan
- 32 Das Integrationsmodell der Staatsbürge-
rin und des Staatsbürgers in Uniform neu
gedacht

WEITERE RUBRIKEN

- 3 Editorial
- 14 Panorama
- 42 Medien/Buchempfehlung
- 43 Impressum



16

INTERVIEW

„DER STREIT WIRD AG- GRESSIVER“

Wolfgang Thierse ist eine der prominentesten Stimmen
der deutschen Politik. Wir haben ihn zum Interview
getroffen.



18

ÜBER DEN TELLERRAND GESCHAUT

WO BEGINNT FRIEDEN?

Die Jahreskampagne der CARITAS ermutigt jeden Einzel-
nen dazu, darüber nachzudenken, welchen Beitrag er
zum Frieden leisten kann.

Führungswechsel im Sachausschuss Sicherheit und Frieden

„Künstliche Intelligenz steht im Fokus“

Ein Beitrag von Maurice Klocke – Foto GKS

Am 30. September 2023 endete die aktive Dienstzeit von Oberstleutnant Rufin Mellentin, der bis dahin die Geschicke des Sachausschusses Sicherheit und Frieden der GKS leitete. Mit seinem Ausscheiden musste eine Nachfolge veranlasst werden, da die Statuten der GKS eine aktive Soldatin oder einen aktiven Soldaten als Vorsitzenden eines Sachausschusses vorsehen.

So wurde ich, Oberleutnant Maurice Klocke, aus der Mitte des Sachausschusses zum neuen Vorsitzenden gewählt. Ich möchte Herrn Oberstleutnant a. D. Mellentin nochmals für seinen Einsatz und die gute Führung des Sachausschusses danken. Er setzte immer wieder neue Impulse und trieb die Arbeit des Sachausschusses stets voran.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und ein paar Worte über meine Person verlieren. Maurice Klocke, 28 Jahre alt, ledig und am Niederrhein zu Hause.

Ich trat 2015 in die Bundeswehr ein, absolvierte meine Grundausbildung in Germersheim und wurde zum Luftwaffensicherungssoldaten ausgebildet, bevor ich meinen Offizierslehrgang an der Offizierschule der Luftwaffe absolvierte. Danach habe ich Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg studiert. Mein Interesse liegt hier hauptsächlich auf der Außen- und Sicherheitspolitik und den internationalen Beziehungen.

Ich möchte kurz auf die weitere Struktur des Sachausschusses eingehen und die zukünftigen Arbeitsthemen vorstellen.

Oberstleutnant Stephan Konz und Oberstleutnant i. G. Peter Muermans wurden zu meinen Stellvertretern gewählt. Ich freue mich auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Arbeit des Sachausschusses Sicherheit und Frieden weiter voranzutreiben.

Arbeit ist ein wichtiges Thema. Eine Sachausschusssitzung steht noch aus. Im Anschluss daran werden wir uns erneut mit dem allgemeinen Gesellschaftsdienst befassen und uns im Verlauf erneut positionieren.

Im Jahr 2024 wird vor allem das Thema Künstliche Intelligenz im Fokus stehen, die auch zunehmend in militärische Waffensysteme Einzug findet. Wir werden uns noch einmal mit autonomen und automatischen Waffensystemen sowie dem Einsatz dieser aus ethischer Sicht beschäftigen.

Ich freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit und bin dankbar für das Vertrauen, das mir seitens des Sachausschusses Sicherheit und Frieden entgegengebracht wird. In diesem Sinne: auf eine gute Zeit!



Oberstleutnant Rufin Mellentin, der bis dahin die Geschicke des Sachausschusses Sicherheit und Frieden der GKS leitete, übergibt das Amt an Oberleutnant Maurice Klocke



Vorgestellt: „Aktion Pfötchen“ Kronkorken für Assistenz-/Therapiehunde

Die „Aktion Pfötchen“ wurde im Herbst 2020 durch uns und Freunde ins Leben gerufen. Ausschlaggebend war es, dass uns auf Auszeiten mit der ASEM (Arbeitsfeld Seelsorge für unter Einsatz- und Dienstfolgen leidende Menschen) von anderen einsatzgeschädigten Kameraden gehört haben, wie teuer die Ausbildung der PTBS-Assistenzhunde ist. Die Kosten müssten die Soldaten alleine oder durch Spenden aufbringen und das sei sehr schwierig.

Da ich selbst auch eine einsatzbedingte PTBS habe und auch einen Hund, kam uns als Familie der Gedanke da etwas unternehmen zu müssen bzw. es überhaupt zu versuchen.

Wir schrieben andere Standorte an und dort die Kasernenfeldwebel und Betreuungseinrichtungen. Als Erstes war Melanie Erasmus aus Munster und SF Stefan Ruth aus Bremerhaven mit dabei. Durch einen Flyer von uns, der vom Landeskommmando Bremen ins Netz gestellt wurde, bekamen wir plötzlich aus Gesamtdeutschland Anrufe und Mails.

Wir setzen uns mit dem Soldatenhilfswerk in Bonn zusammen, damit die Gelder zweckmäßig ausgegeben werden können. Diese Kooperation verläuft für beide Seiten super und ist ein Gewinn für die Aktion sowie das Soldatenhilfswerk.

Durch Artikel der Hannoversche Allgemeine Zeitung (2021) und der dpa (2022) ging die Aktion im Bekanntheitsgrad richtig durch die Decke. Inzwischen haben wir über 80 offizielle Standorte in Deutschland, 7 internationale Standorte wie dem Kosovo, Litauen, Polen, Belgien und Jordanien. Alleine im Jahr 2023 kamen so über 60 Tonnen an Kronkorken zusammen. Zusätzlich wurden aber auch andere Metalle wie Aluminiumdrehverschlüsse, Kon-

servendosen und Schrott gesammelt, welche auch zu Geld gemacht wurden, um an das Soldatenhilfswerk überwiesen werden zu können.

Uns unterstützen deutschlandweit unzählige Vereine, Firmen und Privatpersonen zuzüglich der Soldaten, die häufig auch private Zeit investieren, um die Aktion Pfötchen bekannter zu machen.

Auf unserer Homepage finden sich sehr viele der Sammelstellen unter Ansprechpartner. Erfolge kann man unter der Startseite bzw. Aktuelle sehen.

Inzwischen haben wir auch einen Merchandisingbereich, wo es neben Patches, Aufklebern auch Hoodies und Jacken zu kaufen gibt, die dann auch wieder der Aktion Pfötchen zugutekommen. Nähere Informationen unter: <https://www.kronkorken-fuer-therapiehunde.de/>



Hauptfeldwebel Alexander Schmidt mit Krümmel von „Aktion Pfötchen“

Quelle: Text und Bild „Aktion Pfötchen“



Fachtagung „Militärseelsorge“ des Deutschen Bundeswehrverbandes

„Die Militärseelsorge ist eine unverzichtbare Unterstützung für die Soldaten“

Text: OTL Frank Nowak, stellv. Vorsitzender Bereich West

Im Februar 2024 fand in Berlin die Fachtagung „Militärseelsorge“ des Deutschen Bundeswehrverbandes statt. Die Zielsetzung bestand darin, einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen im Bereich der Militärseelsorge sowie die in ihnen vertretenen Religionsgemeinschaften zu geben. Gäste aus Kirche und Bundeswehr kamen in die DBwV-Geschäftsstelle, um über die Bedeutung, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der Militärseelsorge zu sprechen.

Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant Uli Schäffer und der Oberstleutnant Frank Nowak nahmen als Vertreter der GKS teil. Die Initialzündung für die Teilnahme erfolgte durch die Zeitschrift des DBwV, Ausgabe Dezember 2023, die sich mit dem Thema Militärseelsorge befasste und Mitglieder einlud, daran teilzunehmen.

Nach einer kurzen Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer begann der Impulsvortrag über die Studienlage der Militärseelsorge, der vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bw (ZMSBw) durchgeführt wurde. Ohne zu sehr in die Details zu gehen, ist das Ergebnis eine positive Resonanz gegenüber der Militärseelsorge, unabhängig von der Glaubensrichtung.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es notwendig ist, eine islamische Militärseelsorge für die Bedürfnisse muslimischer Soldaten anzubieten. Das zuständige Referat im BMVg ermöglichte einen Einblick in den Stand der Planung zur Deckung dieses Bedarfs. Zusätzlich zu einem künftigen Referenten für Seelsorge auf Ministeriumsebene wird im Zentrum Innere Führung eine zentrale Ansprechstelle für Seelsorge und Weltanschauung eingerichtet, die Muslimen Seelsorge vermitteln soll.

In einem weiteren Vortrag wurden die Arbeit der Militärseelsorge im Grundbetrieb und Einsatz sowie die Herausforderungen der Begleitung von Soldaten in Kriegssituationen oder die Unterstützung durch Familienangehörige thematisiert. Die Problematik von Tod und Verwundung, insbesondere im Kontext der Landes- und Bündnisverteidigung, wurde deutlich. In der Vergangenheit war es nicht notwendig, näher auf Fragen einzugehen, die nach dem Tod einer Soldatin oder eines Soldaten gestellt wurden. Dies rückt immer stärker in den Vordergrund. Im Verteidigungsfall gibt es noch viele Fragen, wer was zu tun hat und wie viele Seelsorger benötigt werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob unsere Seelsorger nicht selbst eine zusätzliche Ausbildung benötigen, um in solchen Extremsituationen bestehen zu können.

Es wurde auf die mögliche Nutzung digitaler Plattformen hingewiesen und soziale Medienkanäle vorgestellt, die an Bedeutung für Kommunikation und Interaktion zwischen Soldaten gewinnen.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan wurde und in Zukunft mit weiteren Online-Tagungen an der Thematik festgehalten wird, um die Interessen der Soldatinnen und Soldaten in Bezug auf eine adäquate Seelsorge wahrzunehmen.

Es bleibt festzuhalten, dass die Militärseelsorge eine unverzichtbare Unterstützung für die Soldaten darstellt und ihre Weiterentwicklung und Anpassung an die sich wandelnden Anforderungen der Streitkräfte von entscheidender Bedeutung ist.

Unser Anliegen ist es, als GKS und Teil des Laienapostolats der katholischen Militärseelsorge, diese Entwicklungen zu begleiten und aktiv sowie gewinnbringend an Diskussionen teilzunehmen. Wir bleiben dran.

FRIEDEN

Foto: Deutscher Katholikentag

KATHOLIKENTAG

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“

Ein Beitrag in eigener Sache

Vom 29. Mai bis zum 2. Juni findet in Erfurt der Katholikentag statt. Er steht unter dem Thema „Zukunft hat der Mensch des Friedens“. Wir haben dieses Thema zu unserem Zweijahresthema 2023/24 gewählt und sind somit gut vorbereitet auf das katholische Großereignis, an dem wir natürlich auch wieder teilnehmen werden.

Dieses Jahr wird es besonders sein, denn zum ersten Mal wird die Militärseelsorge unter einem Zeltdach über Militärseelsorge und „Kirche unter den Soldaten“ informieren und gemeinsam mit allen Interessierten in einem Stand Rede und Antwort stehen und sich als Gesprächs- und Diskussionspartner anbieten. Es ist ein Versuch, die verschiedenen Teile der Militärseelsorge zu präsentieren.

Wir freuen uns sehr auf dieses gemeinsame Projekt und freuen uns auf die vielen Besucherinnen und Besucher.

Wir können jetzt schon sagen: Ein Besuch beim Katholikentag in Erfurt lohnt sich immer. Das Programm bietet eine Vielzahl an interessanten und informativen Elementen.

Einen Blick riskieren? <https://www.katholikentag.de/programmenue>

Wer sich besonders für das interessiert, was wir als Kirche unter den Soldaten anbieten, dem sei ein Blick hierher empfohlen: <https://www.katholische-militaerseelsorge.de/glaube-und-seelsorge/katholikentag>

ZUSAMMENGEFASST

BLITZLICHTER

Auf die vergangenen Monate

Unterstützung durch den Förderverein: Finanzielle Hilfe für die GKS-Arbeit

Für einen Förderverein bedeutet Vereinsarbeit in erster Linie die Beantwortung der Frage: **Wo können wir finanziell die Arbeit der GKS unterstützen?**

Derzeit finanziert der FGKS e. V. sämtliche Ausgaben, welche die GKS für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen bei den Themenwochenenden und sonstigen Veranstaltungen der GKS aufwendet. Außerdem unterstützt die FGKS die Erstellung von Flyern und Infomaterial der GKS, indem sie die Druckkosten übernimmt. Alle GKS-Kreise und Sachausschüsse haben die Möglichkeit, Anträge an den FGKS e. V. zu stellen, um so Sonderausgaben wie die Anschaffung von Materialien für die Kreisarbeit, die Fachliteratur etc. bezahlen zu können.

Haben Sie Lust bekommen, dabei zu sein? Bei Fragen bitte einfach anrufen. Entweder beim Kreisvorsitzenden, beim Schatzmeister des FGKS oder in der Bundesgeschäftsstelle.



Aufgabe: Förderung der Ziele und Aufgaben der GKS durch die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen der GKS, die Beschaffung von Material für die GKS und das Einwerben von Spenden, um über die Mitgliedsbeiträge hinaus finanzielle Mittel zur Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung zu haben.

Mitgliedschaft: Mitglied kann jeder Mensch werden, der die Arbeit der GKS durch sein Dabeisein und seinen Mitgliedsbeitrag unterstützen möchte. Ausdrücklich sind auch aktive Soldatinnen und Soldaten, die Mitglieder der GKS sind, eingeladen, sich durch eine Mitgliedschaft im FGKS für die GKS zu engagieren.

Mitgliedsbeitrag:

- 30 EUR für Einzelpersonen pro Jahr
- 50 EUR für Familien pro Jahr

Spenden:

Der FGKS ist gemeinnützig und kann Spendenquittungen für das Finanzamt ausstellen.



Hier geht es zum Mitgliedsantrag. Sie finden ihn unter Anhänge am Ende der Seite.

Gemeinsames Gebet für den Frieden: Der Kreuzweg online mit dem Apostolat Militaire International (AMI)

Das Apostolat Militaire International (AMI), der Dachverband der katholischen Soldatinnen und Soldaten weltweit, lädt ein, gemeinsam den Kreuzweg für den Frieden in der Welt zu beten.

Da das Zusammenkommen in einer weltweiten Organisation aufgrund der Zeitverschiebung schwierig ist, haben zehn Nationen je eine oder zwei Stationen des Kreuzwegs gestaltet und ins Internet gestellt.

Alle sind herzlich eingeladen, den Kreuzweg online zu beten.

Hier finden Sie das Angebot: <https://www.apostolatmilitaire.com/2024/03/24/via-crucis-2024-praying-with-the-apostolat-militaire-international/> oder unter diesem QR-Code:



Um den QR-Code zu scannen, halten Sie die Kamera Ihres Smartphones auf den QR-Code und öffnen Sie die angezeigte Website im Browser.



Foto: Freepik

Unser digitaler Adventskalender 2023 in Zusammenarbeit mit der KAS

Wir haben unseren digitalen Adventskalender zum dritten Mal im Advent 2023 angeboten und Sie herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Jeder, der dieser Anmeldung gefolgt war, erhielt täglich ein kleines Adventsfenster per E-Mail, in dem sich besinnliche, fröhliche, nachdenkliche, spirituelle Texte sowie praktische Ratschläge für ein gelingendes, geschmackvolles Weihnachtsfest versteckten. Zum ersten Mal wurde der Adventskalender in Kooperation mit der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS)

gestaltet. Sie stellte ein mehrstufiges Adventsrätsel zusammen, bei dem man auch etwas gewinnen konnte. Wir freuen uns, dass insgesamt 219 Menschen den Adventskalender abonniert hatten, und sind dankbar für die vielen positiven Rückmeldungen. Es macht gleich mehr Freude, den kommenden Adventskalender zu planen mit dem Ziel, die Teilnehmendenzahl erneut zu erhöhen.

Foto: GKS



Intensives Themenwochenende: Die Vereinigten Staaten im Fokus mit Major Laurentius Wedeniwski

Das Themenwochenende des GKS-Kreises Vulkaneifel war eine der letzten Veranstaltungen im Jahr 2023. Die Anwesenden befassten sich unter der fachkundigen Leitung von Major Laurentius Wedeniwski mit den Vereinigten Staaten. Ob geografisch, historisch, innenpolitisch und geostrategisch – für Major Wedeniwski war keine Frage zu schwierig und er blieb keine Antwort schuldig. Insbesondere im Hinblick auf die im Jahr 2024 anstehenden Präsidentschaftswahlen mit ihren Auswirkungen weit über die USA hinaus ist dieses Thema interessant und sehr aktuell. Wenn alle Beteiligten überzeugt waren, dass an diesem Wochenende die drei Bs der GKS – Bildung, Besinnung, Begegnung – gewinnbringend gelebt wurden, dann ist dies das schönste Lob für die beiden Hauptorganisatoren Oberfeldwebel Sebastian Ternes und Stabsfeldwebel Robert Kalcik.

AUFTRAG goes hybrid – Bitte was?

Seit Jahren veröffentlichen wir den AUFTRAG auch online, nachdem er als Printausgabe erschienen ist. Aus den Rückmeldungen geht hervor, dass die Anzahl derjenigen, die diese Form des AUFTRAG nutzen und ihn online lesen, steigt. Zugleich wird im Rahmen von Ressourcenschonung und Umweltschutz immer wieder gebeten zu prüfen, wo Papier eingespart werden kann, aber auch, inwieweit Energie und Farbe durch die Verringerung der Anzahl von Druckerzeugnissen und CO₂, das bei der postalischen Zustellung von Druckerzeugnissen anfällt, eingespart werden kann. Angesichts steigender Kosten stellt sich die Frage, ob die Druck- und Versandkosten reduziert werden können. Wir haben lange überlegt und ausprobiert. Jetzt machen wir ein Angebot:

Ab Heft 2/2024 wird der AUFTRAG hybrid, also sowohl in gedruckter Form als auch digital, erscheinen. Wir werden weiterhin eine bestimmte Anzahl an Exemplaren des AUFTRAG drucken und diese an Multiplikatoren verteilen, um auf uns aufmerksam zu machen und unsere Inhalte und Anliegen möglichst erfolgreich zu transportieren. Wir werden weiterhin den AUFTRAG als PDF der gedruckten Ausgabe auf unserer Homepage veröffentlichen. Alles ist wie gewohnt. Allerdings: Wir möchten unseren regelmäßigen Leserinnen und Lesern, die bisher den AUFTRAG per Post erhalten haben, ein Angebot unterbreiten. Ist es Ihnen wichtig, den AUFTRAG als Heft in der Hand zu halten? Lesen Sie fachliche Inhalte gern am Computer? Haben Sie schon einmal daran gedacht, dass Sie den Artikel des AUFTRAG auch digital weiterleiten oder digital ablegen würden, weil er für Sie von Interesse war? Falls dies der Fall ist, schicken wir Ihnen ab dem kommenden Heft den AUFTRAG statt mit der Post online

zu. Aber wir werden Ihnen nicht nur einfach ein PDF des AUFTRAG zukommen lassen, sondern dieses in Form eines Newsletters erschließen, sodass Sie bereits von diesem aus auf bestimmte Artikel zugreifen können. Vielleicht können wir sogar noch Hintergrundinfos mitverlinken. Wir arbeiten derzeit noch daran, was wir Ihnen anbieten können. Seien Sie gespannt!

Das Jahr 2024 werden wir dafür nutzen, weiter an dieser Idee zu arbeiten und die Umsetzung zu optimieren. Die Ausgaben 2/2024 und 3/2024 werden Ihnen deshalb – falls Sie sich entscheiden, bei unserer Aktion „AUFTRAG goes hybrid“ mitzumachen sowohl als Printausgabe als auch als persönliche E-Mail mit dem Newsletter, der den AUFTRAG erschließt, zugestellt.

Ende 2025 werden wir an Sie herantreten und Sie fragen, wie Sie im Jahr 2025 den AUFTRAG in Zukunft lesen wollen. Sie können dann völlig frei entscheiden, ob Sie weiter den AUFTRAG als Print-Ausgabe lesen wollen oder lieber in der digitalen, aufbereiteten Form.

Wenn Sie Fragen haben, Dinge genauer wissen wollen – gerne!

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wollen Sie dabei sein?

Falls ja, dann senden Sie eine E-Mail an: bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de und melden sich für den digitalen AUFTRAG an oder machen Sie es gleich hier über den QR-Code:



Um den QR-Code zu scannen, halten Sie die Kamera Ihres Smartphones auf den QR-Code und öffnen Sie die angezeigte Website im Browser.

„Friede diesem Haus“ Neues Bischofswort zu Krieg und Frieden kommentiert von Rufin Mellentin

Der strategisch gescheiterte Afghanistaneinsatz, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung und die gesellschaftliche Diskussion um Wehr- und Kriegstüchtigkeit bilden den gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Rahmen, in den die deutschen Bischöfe ihr Friedenswort stellen. Sie setzen mit diesem Text ihre Tradition der Friedensworte fort, die mit dem friedensethischen Grundlagentext „Gerechtigkeit schafft Frieden“ im Jahr 1983 begann und im Jahr 2000 mit dem Text „Gerechter Friede“ fortgesetzt wurde. Ihr 175-seitiges Kompendium ist ein wichtiger, weit über die aktuelle Situation hinausweisender Diskussionsbeitrag zu den friedens- und sicherheitspolitisch relevanten Debatten innerhalb der Kirche, der Gesellschaft und der Politik. Oberstleutnant a. D. Rufin Mellentin, der langjährige Vorsitzende des Sachausschusses Sicherheit und Frieden, hat für uns den Text zusammengefasst und eingeordnet. Er sieht in diesem Beitrag ein gelungenes Vademecum für die kommenden Jahre unserer deutschen Friedensdiskussion. Hierbei stehe nicht nur die Vermittlung der Lebenspraxis Jesu als Richtschnur für die kirchliche Friedenslehre im Fokus, sondern auch die Auseinandersetzung mit neuen Formen der Gewalt, dem drohenden Zusammenbruch internationaler Zusammenarbeit und der zunehmenden Bedeutung kultureller und religiöser Identitäten. In diesem Sinne wird das Papier die Arbeit der GKS bereichern und uns viele Anstöße zur Weiterbefassung geben. Den Beitrag von Oberstleutnant a. D. Rufin Mellentin finden Sie auf unserer Homepage: <https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/verband/unser-verbandsleben/583-friede-diesem-haus-ein-erster-blick-in-das-aktuelle-bischofswort>

Sie sind hier neu? Sie sind an der Arbeit der GKS interessiert? Sie würden gern mehr erfahren, wissen jedoch nicht, wo?

Auf unserer Webseite sind Sie genau richtig. Hier finden Sie alle Ansprechpartner der GKS und können sich einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen verschaffen. Unter diesem Link: <https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/> finden Sie unsere Website.



Um den QR-Code zu scannen, halten Sie die Kamera Ihres Smartphones auf den QR-Code und öffnen Sie die angezeigte Website im Browser.

STUDIE

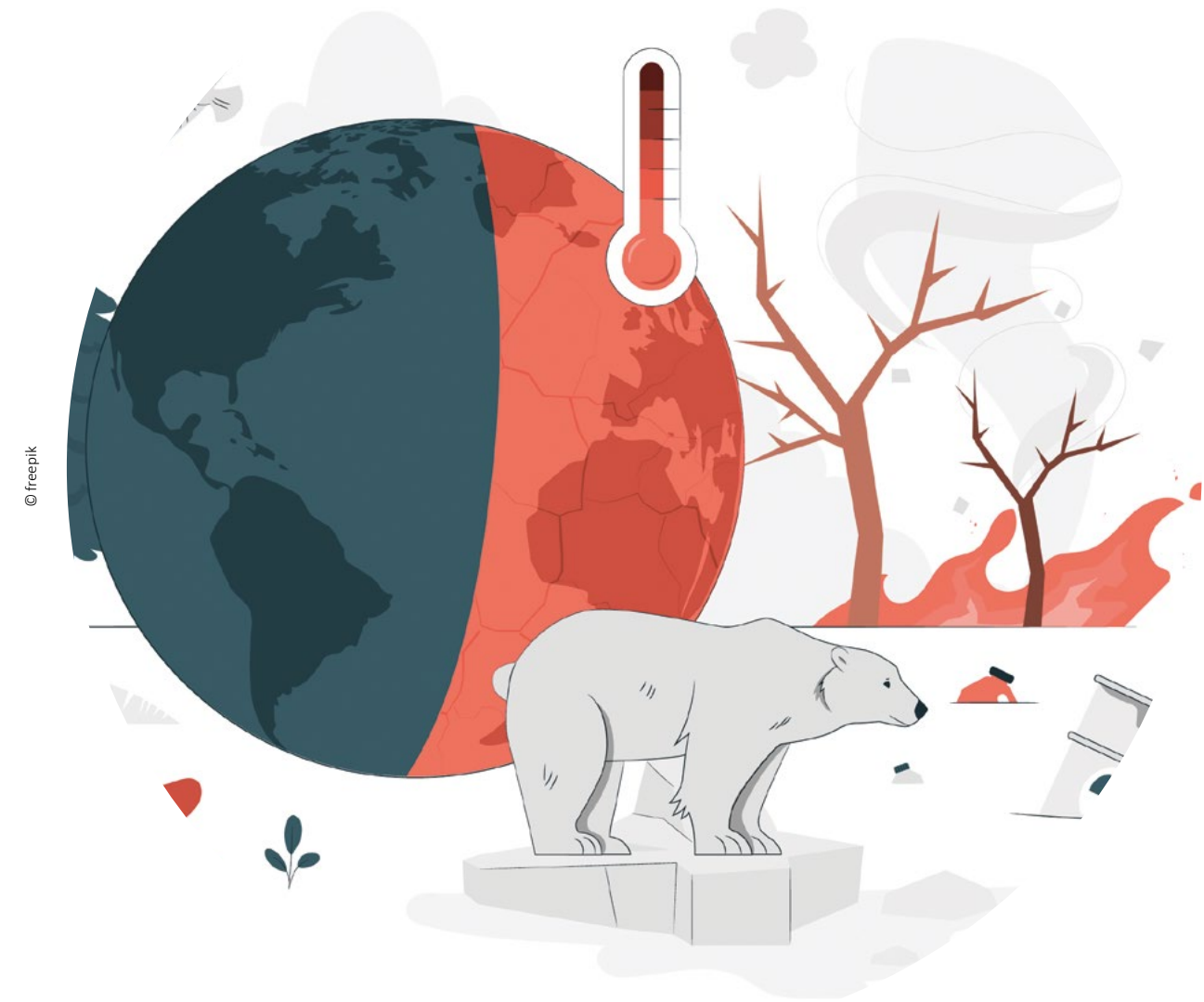
Weltweit große Unterstützung für Klimaschutz

Zu wenige Menschen scheren sich um das Klima? Eine neue Studie* zeigt, dass Menschen weltweit offenbar unterschätzen, wie viele ihrer Mitbürger bereit wären, finanzielle Mittel für den Klimaschutz bereitzustellen. Laut einer Umfrage mit fast 130.000 Teilnehmern aus 125 Ländern können sich 69 Prozent der Befragten vorstellen, 1 Prozent ihres monatlichen Einkommens für Maßnahmen gegen die globale Erderwärmung zu spenden.



Die EU hat versucht, die Treibhausgasemissionen im Verkehr durch strengere Abgasnormen zu reduzieren. Allerdings hat der Rechnungshof der EU festgestellt, dass die Vorschriften für die Autoindustrie kaum etwas zum Klimaschutz beigetragen haben. Dies liegt auch an der großen Anzahl schwerer SUVs, so das Ergebnis.

*Die Studie wurde im Fachjournal „Nature Climate Change“ publiziert.



Um auf die Jagd zu gehen, sind Eisbären auf vereiste Meere angewiesen. Allerdings wird die eisfreie Zeit in der Arktis immer länger, was dazu führt, dass die Tiere ihr Jagdrevier verlieren. Können sie ausreichend Beute auf dem Festland finden?

„Plastik ist die Klimakrise in ihrer festen Form.“

Fritz Habekuß, Journalist



DIE GKS TRIFFT WOLFGANG THIERSE

„DER STREIT WIRD AGGRESSIVER“

Interview Nadin Schley

Herr Thierse, am 27. Februar 2022 rief der Bundeskanzler Olaf Scholz die Zeitenwende aus, die auf uns zukäme. Er verkündete, dass die Politik unter seiner Leitung hierzu reagieren würde. Wie beurteilen Sie die Umsetzung bisher?

Die Zeitenwende hat mehr als eine militärische Dimension. Es geht um die Bewältigung von gleichzeitigen Krisen und dramatischen Veränderungsnotwendigkeiten. Ich nenne nur die Kriege, die Migrationsbewegungen, mit den ihnen folgenden Integrationsproblemen, die weitere Pluralisierung unserer Gesellschaft mit ihren Konflikten, die digitale Transformation und die KI mit ihren heftigen Auswirkungen auf die Art unserer Produktion und Kommunikation. Und ich nenne vor allem den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft um des globalen Überlebens willen. Diese komplexen Herausforderungen erfordern von der gesamten Gesellschaft erhebliche Anstrengungen und auch Opfer. Es ist unvermeidlich, dass ein solch radikaler Wandel nicht ohne Schmerzen und ohne politischen Streit abläuft. Diese Transformationen können nur Schritt für Schritt erfolgen und wir befinden uns inmitten dieses Prozesses.

Sowohl in der politischen Analyse als auch in weiten Teilen der Bevölkerung wird davon gesprochen, dass es eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft gibt. Teilen Sie diesen Eindruck?

Es ist unübersehbar, dass wir Spaltungen in der Gesellschaft erleben. Die Stimmung wird aggressiver, Demokratieskepsis und -feindschaft werden lauter, und die AfD ist ein Symptom und ein aktiver Teil dieser politischen Spaltung. Das alles ist offensichtlich.

Kann unsere Demokratie diese gesellschaftlichen Herausforderungen überhaupt lösen?

Jetzt wird sich offenbaren, ob die deutsche Demokratie lediglich eine "Schönwetterdemokratie" ist. Denn erinnern wir uns: Es war das wirtschaftliche Wachstum und die

Steigerung des Wohlstands, die in den vergangenen Jahrzehnten das Fundament der deutschen Demokratie bildeten. Was passiert nun mit einer Demokratie, wenn das selbstverständliche wirtschaftliche Wachstum und die selbstverständlich gewordene Mehrung des Wohlstands nicht länger die Realität sind? Die Verteilungskonflikte werden härter, was wir gegenwärtig erleben. Auch der Streit wird aggressiver. Die Frage danach, was unser Land und unsere Gesellschaft zusammenhält, rückt stärker in den Vordergrund. Wir befinden uns mitten in dieser Phase.

Welche Faktoren sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten für den Zusammenhalt einer Gesellschaft?

Je vielfältiger unsere Gesellschaft wird, umso mehr müssen wir uns darum bemühen, das Gemeinsame und Verbindende zu stärken. Das sind zunächst und vor allem unsere Verfassung und die sie tragenden Grundwerte. Weiterhin ist es die Anstrengung zur gerechten Verteilung von Lasten und Pflichten, von Chancen und Vorzügen dieser Gesellschaft – also die Erfahrung von Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit ist auch etwas, was eine Gesellschaft zusammenhält oder sprengen kann. Es geht darum, uns immer wieder neu zu verständigen, was uns eigentlich miteinander verbindet, welche Vorstellung von Freiheit, Solidarität, Toleranz und Menschenwürde wir haben. Diese Verständigung untereinander ist eine Aufgabe der kulturellen Kräfte unserer Gesellschaft und insbesondere auch eine Aufgabe von Religionsgemeinschaften und Kirchen.

Ein häufig zu hörender Satz in Gesprächen zur politischen Lage ist, dass man in Deutschland ja heute ohnehin nicht mehr sagen dürfe, was man denkt. Teilen Sie diese Ansicht?

Das halte ich für einen fatalen Irrtum. Das ist eine böswillige Behauptung. Man muss nur wissen, dass Demokratie ihrem inneren Wesen nach friedlichen Streit nach Regeln der Fairness bedeutet. Wir leben doch in einem Land, in dem nicht alle einer Meinung sind. Die unterschiedlichen Meinungen und Interessen sollen zum Zuge kommen. Wenn man sich äußert, dann bedeutet das auch, dass man Widerspruch und Kritik erhält. Das muss man ertragen, weil es Teil der Demokratie ist. Ein Bestandteil der Demokratie ist friedlicher Streit.

Sind wir Deutschen zu harmoniesüchtig für eine Demokratie?

Verständlicherweise gibt es das Bedürfnis nach Harmonie, nach Gemeinschaftlichkeit, nach menschlichen Verbindungen. Diese Bedürfnisse sollen vernünftigerweise in der Familie, in der Gesellschaft befriedigt werden. Die Politik ist nicht die Sphäre der Harmonie, sondern die Sphäre des Austragens unterschiedlicher Meinungen mit dem Ziel, die besten Lösungen zu finden oder wenigstens Kompromisse zu erreichen.

Derzeit gehen Hunderttausende Menschen seit vielen Wochen auf die Straße, um gegen einen erstarkenden, meist rechts geprägten Extremismus in der Öffentlichkeit und in der Politik zu protestieren. Bringen diese Proteste die Menschen näher zusammen? Was glauben Sie?

Es wird deutlich, dass die Mitte der Gesellschaft nicht schweigt. Es zeigt sich, dass eine Mehrheit der Gesellschaft bereit ist, für die Demokratie auf die Straße zu gehen und Gesicht zu zeigen, die Öffentlichkeit, Straßen und Plätze nicht den Demokratiefeinden und den Rechtsextremen zu überlassen. Ich halte das für ein sehr erfreuliches Signal und eine sehr erfreuliche Entwicklung, die zeigt, dass unsere Demokratie lebendig ist.

Welche Folgen hat die Überzeugung, man dürfe in Deutschland heutzutage sowieso nichts mehr sagen für eine Gesellschaft und eine Demokratie?

Diejenigen, die diesen Vorwurf erheben, hegen vielleicht Sympathie für die AfD, eine Partei, die so frei ist, alles zu



Foto: Deutscher Bundestag

Wolfgang Thierse ist eine der prominentesten Stimmen der deutschen Politik. Dass er im Zuge der Wende 1989/90 Politiker geworden ist, wundert den studierten Kulturwissenschaftler noch Jahre später: „Das sind revolutionäre Umstände, da wird man regelrecht nach oben geschleudert“, sagte er einmal.

sagen, minderheiten- und ausländerfeindliche Gemeinheiten, Attacken auf unsere Demokratie, herabwürdigende Angriffe auf demokratische Politiker. Diese Partei hat die Stimmung im Bundestag und in den anderen Parlamenten verändert, hat die Stimmung aggressiver gemacht und schreckt vor persönlichen Beleidigungen nicht zurück. Und ausgerechnet diese Partei sagt dann, man dürfe in diesem Land nicht alles sagen? Das ist ein Widerspruch.

Diesen Widerspruch verstehen aber nicht alle Menschen in unserer Gesellschaft.

Wenn es Leute gibt, die den Eindruck haben, dass ihre Meinung in der Öffentlichkeit nicht ausreichend vertreten wird, meinen sie möglicherweise das Fernsehen und den Rundfunk. Die Öffentlichkeit besteht jedoch nicht nur aus Fernsehen, Rundfunk und den immer weniger gelesenen Zeitungen, sondern auch aus den sozialen Medien. In diesen Medien wird alles gesagt. Sie sind zu Echoräumen für Vorurteile und Radikalisierungen geworden und verschärfen den Diskurs. Dies ist ein Teil unseres Problems: Die Kommunikation wird zunehmend gespalten, auch aufgrund der sozialen Medien. Man kann sich ganz in seinen eigenen Meinungen, Überzeugungen und Urteilen verlieren und diese zu Vorurteilen verfestigen. Angesichts der medialen Zersplitterung, mit der wir es zu tun haben, ist all dies in unserer Gesellschaft möglich. Das stellt eine Herausforderung für die Demokratie dar, da Demokratie auch davon lebt, dass die unterschiedlichsten Teile der Gesellschaft in der Lage sind, sich über gemeinsame Probleme, Problemlösungen und die Realität zu verständigen. Genau diese Verständigung wird jedoch immer schwieriger. Das ist ein Teil der gegenwärtigen Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind.

Wie stehen Sie zum Verbot der AfD?

Wenn der Verfassungsschutz feststellt, dass eine Reihe von Landesverbänden rechtsextrem ist und insgesamt die Partei unter solch einem Verdacht steht, darf man das nicht achselzuckend hinnehmen. Aber es ist natürlich eine pragmatische Frage, wann und ob man einen Verbotsantrag stellt. Für ein solches Verbot gibt es hohe Hürden, doch man sollte das Verbot nicht ausschließen. Ich kann keine politische Vernunft darin sehen, den Verbotsantrag auszuschließen. Ich sage aber ausdrücklich, man muss genau überlegen, ob und wann man diesen Antrag stellt. Aber als Damoklesschwert kann und soll er doch über der AfD schweben. ■

ÜBER DEN TELLERRAND GESCHAUT

Wo beginnt Frieden?

Die neue bundesweite Jahreskampagne des katholischen Wohlfahrtsverbands CARITAS ermutigt jeden Einzelnen dazu, darüber nachzudenken, welchen Beitrag er zum Frieden leisten kann.

Ein Beitrag von Nadin Schley – Fotos Deutscher Caritasverband/J.-N. Behle

Die aktuellen gewalttätigen Konflikte weltweit, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Auseinandersetzungen im Sudan, der Bürgerkrieg in Syrien und die blutigen Proteste in Israel verdeutlichen die Dringlichkeit des Friedens. Deshalb stehen Frieden und Versöhnung in dieser turbulenten Zeit im Mittelpunkt der neuen Caritas-Jahreskampagne. „Frieden beginnt bei mir“ ist nicht nur mutig, sondern auch äußerst visionär. Es geht mit der Jahreskampagne um den großen Frieden in der Welt und in der Gesellschaft, der bei jedem selbst beginnt. Unabhängig davon, wo Konflikte und Probleme auftreten: Sie sind oft direkt bei uns spürbar oder werden bei uns ausgetragen, aber nicht selten gehen sie auch von unserer eigenen Gesellschaft aus.

Die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder allgemein von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die damit einhergehenden Gewalttaten sind zwar im Kontext globaler Krisen und Konflikte zu sehen; aber sie haben ihre Ursachen ebenso in unserer eigenen Gesellschaft. Umso bedeutsamer ist es, bei uns selbst Frieden zu stiften durch die Verteidigung oder Herstellung der gesellschaftlichen Grundlagen von Frieden: Respekt und Toleranz im Miteinander einüben und pflegen.

Von der Superkraft, die Frieden schafft

Das Theaterstück „Katze und Hund, na und? Von der Superkraft, die Frieden schafft“ von Fug und Janina wurde im Rahmen der Caritas-Kampagne als Angebot für Kitas im Erzbistum Köln konzipiert, kann jedoch auf Anfrage bundesweit aufgeführt werden. Durch die aktive Teilnahme der Kinder an der erzählten Geschichte, indem sie den handelnden Figuren beistehen und bei Problemstellungen unterstützen, werden sie integraler Bestandteil des Theaterstücks. Mehr dazu unter dem QR-Code.



„Auch in unfriedlichen Zeiten ist es möglich und dringlich nötig, zum Frieden anzustiften.“

Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa beim Kampagnen-Kick-Off vor dem Caritas-Familienzentrum in Leipzig-Grünau.

Das Leitwort „Frieden beginnt bei mir“ betont, dass Frieden und Versöhnung bei jedem persönlich beginnen. Jeder Einzelne trägt die Verantwortung, Frieden in seinem eigenen Leben zu schaffen und zu bewahren. Indem man selbst ein Vorbild für Frieden ist, kann >>

In den Spiegel geschaut: Wo beginnt Frieden?

„Wenn man
die Ruhe
nicht in
sich selbst
findet, ist
es um-
sonst, sie
anderswo
zu suchen.“

Francois de La Rochefoucauld



Als Teil der Caritas-Kampagne „Frieden beginnt bei mir“ sollen Spiegel in den Einrichtungen und Diensten der Caritas mit Aufklebern beklebt werden, die zur Selbstreflexion über den eigenen Beitrag zum Frieden anregen
Foto: Deutscher Caritasverband/Squirrel & Nuts

man dazu beitragen, eine friedlichere Welt zu schaffen. Frieden beginnt in unseren Gedanken, Worten und Taten sowie in unserem Umgang mit anderen Menschen. Frieden ist immer zugleich mit dem Frieden im Großen verknüpft. Eine Gesellschaft, die in Frieden miteinander lebt, kann auch nach außen Frieden stiften. Die Verantwortung für den Frieden darf jedoch nicht allein auf den Einzelnen abgewälzt werden; es braucht ein solidarisches "Wir", das eine soziale Absicherung voraussetzt. Die Caritas-Kampagne zeigt auf, dass jeder einen Beitrag zum Frieden leisten kann. Soziale Projekte und Angebote werden vorgestellt, die zur Versöhnung beitragen. Die Caritas setzt sich für ein friedliches Mit-

einander ein durch Patenschaftsprogramme für geflüchtete Kinder oder Unterstützung pflegender Angehöriger. Im Laufe des Jahres will die Caritas durch Aktionen an vielen Standorten dazu anregen, den eigenen Beitrag zum Frieden zu reflektieren. Spiegel mit dem Kampagnenmotto "Frieden beginnt bei mir" sollen dazu animieren. Denn nur wenn jeder Einzelne aktiv zum Frieden beiträgt, kann eine friedlichere Welt geschaffen werden. Wir alle können einen kleinen Teil dazu beitragen. Wie das gelingen kann, zeigen Mitarbeitende der Caritas in Deutschland, Europa und der ganzen Welt – denn sie leisten seit über 125 Jahren Friedensarbeit. ■



Sozialarbeiterin Christiane Emmel bringt einen Friedensaufkleber an einem Spiegel des Mädchencafés in der Beratungsstelle „No Limits“ in Hameln an. (Foto: Diözesancaritasverband Hildesheim/C. Gossmann).



Mit Aktionen im öffentlichen Raum will der Deutsche Caritasverband im Rahmen seiner Kampagne "Frieden beginnt bei mir" zur Auseinandersetzung mit den Themen Frieden, Versöhnung und eigenem Beitrag zum Frieden anregen (Foto: Deutscher Caritasverband/Squirrel & Nuts).



DEIN GESICHT FÜR DEN FRIEDEN

Freunden, Kolleginnen und Followern zeigen, dass dir Frieden wichtig ist. Mehr Informationen dazu: <https://www.caritas.de/magazin/schwerpunkt/frieden/dein-zeichen-fuer-frieden>

- 1 Foto hochladen
- 2 Design auswählen
- 3 Bild herunterladen
- 4 Dein Statement für Frieden in deinen sozialen Netzwerken und unserer Galerie posten.

PROTEST IN EINER LEBENDIGEN DEMOKRATIE

„Argumente und Abstimmung sollen siegen, nicht die Macht von Traktoren oder Klebstoffen“

Ein Beitrag von Msgr. Prof. Dr. theol. habil. Peter Schallenberg

Ist die rechtsstaatliche Demokratie eine Gemeinschaft? Da unsere politische Staatsform der Demokratie sowohl dem Namen – „Herrschaft des Volkes“ im Unterschied etwa zur Aristokratie als Herrschaft des Adels oder zur Plutokratie als Herrschaft der Vermögenden oder gar zur Tyrannis als Herrschaft eines Alleinherrschers – als auch dem Verständnis nach auf die altgriechische, näherhin auf die athenische Demokratie zurückgeht, lautet die Antwort auf diese eingängige Frage uneingeschränkt: Ja!

Denn mit der Politik war in jener klassischen griechischen Zeit ab 480 v. Chr. eine bestimmte Philosophie verbunden, eine Anthropologie näherhin, also ein Verständnis vom Menschen als „Zoon politikon“, als eines politischen und sozialen Lebewesens, das sich im Unterschied zu anderen geselligen Lebewesen – etwa den Bienen oder Ameisen – durch gemeinschaftliche Ausrichtung auf gemeinschaftliche Güter auszeichnet, die mehr umfassen als die bloße Bedürfnisbefriedigung oder das bloße Überleben.

Daher unterscheidet die klassische griechische Philosophie auch zwischen bios (als langes Überleben) und zoé (als gutes und sinnerfülltes Leben). Zu diesen Gütern oder Zielen des Menschen gehören etwa Liebe, Wahrheit, Freiheit, Ehre, Gerechtigkeit, Persönlichkeitsentfaltung. Mit diesen grundlegenden Gütern – heute manchmal auch etwas verkürzt als Werte bezeichnet – sind zunächst und erstens grundlegende Rechte verbunden – das Recht auf Leben, auf Wahrheit, auf Eigentum, auf Ehe und Familie – und folgerichtig und zweitens auch grundlegende Pflichten (im Sinne staatsbürgerlicher, politischer Pflichten) gegenüber der sozialen und politischen Gemeinschaft.

Ein solcher Mensch wird dann verstanden als ein Lebewesen der Verantwortung nicht nur gegenüber den eigenen Interessen und Bedürfnissen, sondern auch und gerade gegenüber den nachfolgenden und zukünftigen Generationen, auch und sogar gegenüber den vorherigen und ehemaligen Generationen, deren Idealen



Foto: Flickr / Matthias Rabiller

er sich in der Gegenwart verpflichtet weiß. In dieser doppelten Sicht nach vorn, in die Zukunft zukünftiger Menschen, und zurück, in die Vergangenheit vergangener Menschen, weiß sich der Mensch (als Individuum) der Menschheit (als Gemeinschaft) verpflichtet: Es gibt eine Pflicht zu echter und wahrer Menschlichkeit, weil jeder Mensch Repräsentant der Menschheit ist und den Idealen einer solchen Menschheit verpflichtet ist. Mit anderen Worten: Ein solcher Mensch ist ein Lebewesen, das nicht einfach nach dem kurzfristigen Nutzen, sondern nach der langfristigen Wahrheit fragt, wie es die berühmte Frage des Pontius Pilatus an den gefesselten Jesus von Nazareth auf den Punkt bringt: „Was ist Wahrheit?“ (Joh 18,38).

Der jüdisch-christliche Begriff der Gottebenbildlichkeit, der in der Idee des Menschen als Bild und Statue Gottes nach altägyptischem Vorbild am Anfang der Bibel, im Buch Genesis (Gen 1,26), sich findet, bündelt übrigens in etwas anderer Weise gerade jene Einsicht in das

Der Sozialethiker kritisiert „radikalisierte Proteste“, warnt aber in der Tagespost davor, Landwirten pauschal eine „rechte Gesinnung“ zu unterstellen. Er fordert die Landwirte dazu auf, die Auseinandersetzung auf die parlamentarische Ebene zu heben.

Wesen des Menschen: „Der Begriff der Gottebenbildlichkeit des Menschen, der oft nur als erbauliche Metapher benutzt wird, gewinnt heute eine ungeahnt neue Bedeutung. Gottebenbildlichkeit, das heißt: Wahrheitsfähigkeit. (...) Die Persönlichkeit des Menschen steht und fällt mit seiner Wahrheitsfähigkeit.“

Wahrheit meint hier natürlich keine mathematische Wahrheit, sondern Wahrheit des eigenen Lebens und der eigenen Geschichte: Wahr ist nicht einfach das, was geschieht, sondern das, was geschehen kann (Potenzialität) und geschehen soll (Idealität). Wahr ist der Mensch, der in Zukunft möglich sein kann. Der Mensch ist Person und wird zeit seines Lebens zur Persönlichkeit, indem er seine in ihm >>

Quellen:
 Rainer Bernhardt, Der rastlose Sisyphos. Mentalität, Lebensideale und Politik bei den Griechen der Antike, Stuttgart 2023.
 Martin G. Weiß, Bios und Zoé. Die menschliche Natur im Zeichen ihrer technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/M. 2009.
 Robert Spaemann, Die Vernünftigkeit des Glaubens an Gott, in: Ders., Der letzte Gottesbeweis, München 2007, München 2007, 9-32, hier 20.
 Theo Kobusch, Selbstwerdung und Persönlichkeit: Spätantike Philosophie und ihr Einfluß auf die Moderne, Tübingen 2018.

angelegte Persönlichkeit verwirklicht durch Taten der Gutheit und der sozialen Tugenden. Anders gesagt: Der Mensch ist nicht einfach er selbst von Natur aus, wie Biene oder Ameise, sondern er wird ein Selbst, und zwar durch die Geschichte: als individuelle Lebensgeschichte einerseits und als kollektive Menschheitsgeschichte andererseits. Das ist bis in die heutige westliche Welt der Moderne hinein das gültige Konzept vom Menschen als verantwortliches Gemeinschaftswesen. Diese grundlegenden Einsichten können und müssen freilich in die kleine Münze alltäglicher politischer Entscheidungen und Bewertungen eingewechselt werden. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Rahmenbedingungen eines politischen Diskurses innerhalb der Demokratie in Deutschland, konkret: auf die Form öffentlicher Proteste.

„Man muss auch an die Landwirtschaft denken!“

Unvergessen ist dieser Satz aus der berühmten Benimmschule von Lorient aus den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts als lakonische Antwort auf Klagen über einen zu nassen April und einen zu trockenen Mai. Das war von Vicco von Bülow nicht einfach absurd gemeint, denn in der Tat: Man muss tatsächlich an die Landwirtschaft denken, gerade in einer Zeit, in der nur noch maximal 2 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt sind – im Vergleich dazu waren es 1923 rund 38 Prozent – und ein Großteil der Lebensmittel aus dem Ausland importiert wird. Denn die Bauern haben keine allzu große Lobby mehr, im Vergleich etwa zur Industriearbeiterschaft oder zu Beschäftigten im öffentlichen Dienst, und um

die Landwirtschaft wird hierzulande kein großes Aufheben gemacht, im Unterschied etwa zu Österreich, der Schweiz oder Frankreich. Das ist falsch und gerade in Zeiten des Klimawandels und einer nachhaltigen Klimapolitik fatal, denn sorgfältige Landwirtschaft bedeutet bewusste Landschaftspflege und keineswegs einfach nur billige Massenproduktion von Nahrungsmitteln.

Im Gegenteil: Der manchmal ideologisch unterfütterte Gegensatz zwischen einer hinterwäldlerischen, konservativen Bauerschaft einerseits und einer modernen, grünen Generation junger (oder wenigstens junggebliebener) Ökosozialisten andererseits ist falsch und führt in die demokratische Sackgasse. Gerade, wer das Klima retten und nachhaltig wirtschaften will, ist auf eine moderne und landschaftspflegende Landwirtschaft angewiesen und sorgt sich um das nur scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stehende öffentliche Gut der Natur, des Klimas und auch der schonenden Produktion von Lebensmitteln. Daher sind Subventionen in der Landwirtschaft und für die Bauern sinnvoll und gut. Ob es der Agrar-Diesel sein muss, sei dahingestellt, und diese Subvention wird vermutlich schrittweise abgebaut, zugunsten etwa der Förderung von artgerechter Tierhaltung.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer: Die sehr radikalisierte Form des Protestes der Bauern gegen die Streichung des Agrar-Diesels durch Blockaden und Störungen des öffentlichen Verkehrs ist deutlich unangemessen und weit überzogen, auch und gerade angesichts eines im Vergleich zu anderen europäischen Ländern grundsätzlich konsensorientierten Wirtschaftsmodells in Deutschland, auch wenn dieses Modell durch überzogene Streiks zunehmend in eine Schieflage gerät.

„Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie,“

nicht in einer Straßendemokratie!“

Und das heißt prinzipiell und für jede Lobby, auch für Klima-Kleber und „Fridays for Future“, im demokratischen Rechtsstaat:

Man protestiert, im wahrsten Sinne „zivilisiert“, also als cives, als Bürgerin und Bürger in der demokratisch verfassten Gemeinschaft, an der Wahlurne, in Form von regelmäßiger Bewertung der Parteien durch die mündigen Menschen bei Wahlen. Und man geht in die Auseinandersetzung mit Argumenten ins Parlament. Argumente und sodann Abstimmung sollen siegen, nicht die Macht von Traktoren oder Lastwagen oder Klebstoffen, auch nicht, außer im Fall grösster Ungerechtigkeit, die Macht von Streiks auf Kosten vieler anderer Betroffener im Staat, die auf öffentliche Güter, wie den funktionierenden Verkehr oder die funktionierenden Kitas und Schulen, angewiesen sind.

Daher braucht es in Deutschland ganz konkret und aktuell unbedingt ein Streikgesetz statt des bisher ohne Gesetzesgrundlage geltenden Richterrechtes. Und angesichts einer zunehmenden latenten Demokratieverdrossenheit in Teilen der Bevölkerung ist eine Radikalisierung der Straßenproteste übrigens möglich.

Die Straße aber ist – nicht nur, aber auch im Hinblick auf die gescheiterte und am Ende radikalisierte Weimarer Republik – kein geeigneter Ort zur politischen, aggressiven oder gar gewaltbereiten Demonstration; man denke an die Blockade der Fähre von mitreisenden Ministern ...

Es gilt uneingeschränkt das Gewaltmonopol des Staates und das Entscheidungsmonopol des Parlamentes. Öffentliche Nötigungen zur Erzwingung von politischen Lösungen

und auch ungezügelter Streikaktionen von Spartengewerkschaften widersprechen letztlich dem Sinn und den Zielen der parlamentarischen Demokratie, nämlich der Förderung des Gemeinwohls, was übersetzt wird als: das gerechte Wohl jeder einzelnen Persönlichkeit im Staat.

Es gilt also, ein gutes Gedächtnis bis zum Wahltag zu haben und dann entsprechend zu wählen: Das ist das gute Recht der Wähler. Aber auf den Straßen muss gewaltloser Friede das Recht haben. Und der Staat als Gemeinschaft des Rechts und der Grundrechte hat die Pflicht, das Recht zu schützen und durchzusetzen! ■

DER AUTOR



Foto: Verena Neuhaus

Der katholische Sozialethiker und Moraltheologe Peter Schallenberg hat die Form der Agrar-Proteste in Deutschland kritisiert. Er äußerte Bedenken darüber, dass die Straßenblockaden und die Störung des öffentlichen Verkehrs zu weit gingen. Diese Ansicht vertrat Schallenberg gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Seit 2008 ist Schallenberg Inhaber des Lehrstuhls für Moraltheologie und Ethik an der Theologischen Fakultät Paderborn. Er verfügt über Gastprofessuren am Pontificio Istituto „Giovanni Paolo II“ der Päpstlichen Lateranuniversität in Rom sowie an der Theologischen Hochschule Alba Iulia in Siebenbürgen. Im Jahr 2018 wurde Schallenberg von Papst Franziskus als Konsultor in das von Peter Kardinal Turkson geleitete Dikasterium für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen im Vatikan berufen.

Zwanzig Jahre Einsatz deutscher Kräfte in Afghanistan Der Ertrag?

Ein Beitrag von Serap Güler, stellv. Vorsitzende der Enquetekommission

„Die Gesundheitsversorgung hat sich vielerorts signifikant verbessert, die Säuglingssterblichkeit innerhalb der Einsatzjahre halbiert.“

Serap Güler

59 deutsche Todesopfer, ein überstürzter Abzug und eine chaotische Evakuierungsoperation. Die Wirkung? Die Taliban erlangten im August 2021 die Kontrolle über das komplette afghanische Staatsgebiet zurück. Diese Fakten, verbunden mit den schreckenerregenden Bildern der auf den Kabuler Flughafen rennenden Afghaninnen und Afghanen, die zu dem Zeitpunkt nichts dringlicher wollten, als der drohenden Talibanherrschaft zu entfliehen, verleiteten viele zu der Schlussfolgerung, dass der deutsche Afghanistaneinsatz grundsätzlich gescheitert sei.

Wenn auch die langfristige Wirkung des Einsatzes konträr zu dem Erhofften, einem demokratisch geführten, stabilen, sich im Aufbau befindenden Land Afghanistan, steht, ist der Einsatz nicht in seinem vollen Umfang gescheitert. Das Engagement der deutschen Einsatzkräfte war nicht umsonst.

Zum einen gelang es in den ersten Jahren optimal, die Taliban zu bekämpfen und ihnen die Kontrolle über das Staatsgebiet zu entziehen. Probleme ergaben sich eher darin, diese anfänglichen Erfolge nachhaltig zu festigen.

Zum anderen gab es zeitweise auf lokaler Ebene auch Erfolge im Rahmen des zivilen Aufbaus. Die Gesundheitsversorgung hat sich vielerorts signifikant verbessert, die Säuglingssterblichkeit innerhalb der Einsatzjahre halbiert. Der Zugang zu Bildung, besonders für Mädchen, hat sich verbessert; die Analphabetenrate im Land ist stark gesunken. Auch wenn diese Erträge unseres Engagements sich nicht verstetigten –, unter den Taliban ist die gesundheitliche Versorgung für die

Bevölkerung nicht mehr gewährleistet und Mädchen dürfen die Schule nur noch bis zur sechsten Klasse besuchen –, konnte so eine zahlenmäßig große junge Generation heranwachsen, die den Wert freiheitlich demokratischer Ideale zu schätzen weiß und für diese in Zukunft eintreten kann.

Die Hoffnung bleibt!

Trotzdem gilt: Vorerst sind die positiven Nebenwirkungen des Einsatzes verschwunden und demokratisch verfasst ist das Land heute auch nicht. Wie konnte das passieren? Dieser Frage stellte sich die Afghanistan-Enquetekommission des Deutschen Bundestages, der ich stellvertretend vorsitze während der vergangenen anderthalb Jahre.

Die Ergebnisse: Zu Beginn des Einsatzes verfügte Deutschland über zu wenig Kontextwissen zu Afghanistan und die damalige Bundesregierung befasste sich nicht umfassend genug mit den Einsatzumständen vor dem Missionsbeginn. Ebenso wurde es versäumt, sich Kontextwissen über die Einsatzdauer hinweg anzueignen oder dem im Rahmen von wissenschaftlichen Befassungen generierten Wissen Eingang in politische Erwägungen zu bieten.

Außerdem fehlte es an ehrlicher Lagebilderstattung. Zwar lagen ungeschönte Berichte aus den operativen Bereichen vor, diese wurden aber vor Publikation in Deutschland in ein milderes Licht getaucht >>

AUFTRAG 317

– vermutlich um das schnell zum Kriegseinsatz gewordene Engagement in Afghanistan, das primär aufgrund von Bündnissolidarität gegenüber den USA begonnen worden war, vor der deutschen Bevölkerung rechtfertigen zu können.

Es liegt nahe, dass bei nicht vorhandenem kontextuellem Wissen und bei nicht wahrheitsgemäßen Lagebildern keine realistischen und klaren Zielformulierungen erfolgen können – ein weiteres grundlegendes Manko des deutschen Engagements in Afghanistan. Von Beginn an existierte keine klare strategische Linie der Bundesregierung, ebenso fehlte es an Angleichung derselben im Verlauf des Einsatzes. Die jeweiligen Bundesregierungen reagierten nicht auf sich ändernde Einsatzumstände; das Ziel, ein demokratisches Afghanistan aufzubauen, blieb unverändert bestehen.

Aus diesen grundlegenden Lehren ließen sich bereits erste Empfehlungsansätze formen. Um Deutschlands künftiges Engagement erfolgreich auszugestalten, braucht es mehr Koordination auf internationaler, aber vor allem auch auf nationaler Ebene. Deutsche Strategien und Ziele müssen ressortübergreifend, das heißt unter Einbezug sicherheitspolitischer, diplomatischer und entwicklungspolitischer Perspektiven, formuliert werden. Außerdem muss Deutschland seine Positionen

und Ziele im internationalen Rahmen stärker kommunizieren und vehementer vertreten.

Für das kommende Jahr in der Kommissionsarbeit gilt es jetzt, die gezogenen Lehren und Empfehlungsansätze in konkrete Empfehlungen umzuwandeln. Hierbei soll vom Kontext Afghanistan auf den globalen Kontext extrapoliert werden, die Empfehlungen beziehen sich auf künftige deutsche vernetzte Engagements im generellen Sinne.

Meine Erwartung an die Kommission dafür ist, dass wir uns grundsätzlich damit befassen, was die deutschen Interessen und Ziele im vernetzten Engagement sind. Aufgrund der angespannten geopolitischen Lage mit einem Angriffskrieg auf europäischem Territorium sowie einer aktuell stagnierenden Wirtschaft in Deutschland müssen wir uns künftig wieder verstärkt auf deutsche Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen fokussieren. Deutsche Engagements können daher nicht mehr lediglich aus reinem Wohlwollen gegenüber Ländern, die durch terroristische oder autoritäre Regime geplagt sind, erfolgen. Vielmehr muss bestimmt werden, ob und wie auch Deutschland selbst durch solche Engagements profitieren kann. Diese Umstände müssen sich in den formulierten Zielen widerspiegeln. Die Empfehlungen, die wir für die Bundesregierung

... die den Wert
freiheitlich
demokratischer
Ideale zu schätzen
weiß und für diese
in Zukunft einste-
hen kann.“

Serap Güler

Foto: Flickr/ Claro Cortes IV



entwickeln, müssen sich an diesen Zielen orientieren, ansonst besteht die Gefahr idealistischer Anweisungen, die deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen entweder nichts nützen oder sogar schaden.

Auch erwarte ich von der zweiten Phase der Kommissionsarbeit im Resultat Empfehlungen, die konkret und anwendungsorientiert sind. Zur besseren ressortübergreifenden Koordinierung eignet sich etwa die Etablierung eines mit Weisungsbefugnis betrauten Regierungsgremiums, etwa in Form eines nationalen Sicherheitsrates, der im Kanzleramt angesiedelt ist. Weiterhin verspricht ein hierzu korrespondierendes Ausschussgremium im Deutschen Bundestag effektives parlamentarisches Monitoring und Kontrolle von künftigen vernetzten Engagements. Es obliegt der Kommission nun, die genauen Charakteristiken solcher Empfehlungen auszudiskutieren, um der Bundesregierung nächstes Jahr ein anwendungsorientiertes Empfehlungspapier vorzulegen.

Ich bin in dieser Hinsicht optimistisch. Die Aufarbeitungsarbeit in der Kommission gestaltete sich äußerst konstruktiv, sachorientiert und offen – so wie es sich für solche Aufgaben gehört. Gegeben der Tatsache, dass während des 20-jährigen Afghanistaneinsatzes sowohl die SPD, die Grünen, die FDP als auch die CDU/CSU jeweils zeitweise über Regierungsverantwortung verfügten und es beim Thema des deutschen vernetzten

Engagements um den Erhalt der Sicherheit und um Menschenleben geht, liegt es ebenso auf der Hand, dass parteipolitische Interessen hintenan zu stehen haben. Bisher hat dies zuverlässig funktioniert und ich bin zuversichtlich, dass sich dies so fortsetzt. ■

Die AUTORIN



Foto: CC BY-NC-ND

Serap Güler ist CDU-Bundespolitikerin. Seit 2021 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Zuvor war sie von 2017 bis 2021 Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.



Foto: Flickr/ Claro Cortes IV

„Der Zugang zu
Bildung, besonders
für Mädchen, hat
sich verbessert
(...) konnte so eine
zahlenmäßig große
junge Generation
heranwachsen, ...

Das Integrationsmodell der Staatsbürgerin und des Staatsbürgers in Uniform neu gedacht

Wie können durch interkulturelle Bildung die integrierenden Kräfte in unserer Gesellschaft gestärkt werden?

Ein Beitrag von Oberregierungsrat Hartmut Stiffel

In der Bundeswehr ist der tolerante und aufgeschlossene Umgang gegenüber anderen Kulturen durch die Innere Führung bindend festgelegt. Für die Soldatinnen und Soldaten leitet sich diese Tugend darüber hinaus aus der Pflicht zur Kameradschaft ab. Interkulturelle Kompetenz ist somit ein Teil des soldatischen Selbstverständnisses.

„Mit der Inneren Führung verwirklichen wir die Werte und Normen des Grundgesetzes in der Bundeswehr. Sie gibt Antworten auf die Frage nach dem Sinn des Dienens und sorgt für die Integration aller Bundeswehrangehörigen in unserem Staat und unserer Gesellschaft. Mit ihrem Leitbild von der Staatsbürgerin und dem Staatsbürger in Uniform trägt sie wesentlich zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bei. Innere Führung lebt von der Mitgestaltung und der Verantwortung aller Bundeswehrangehörigen, insbesondere der Vorgesetzten.“ (Handbuch Innere Führung).

Dies bedeutet insbesondere, dass sie sich ihrer Rechte, aber auch Pflichten bewusst sind, freie Persönlichkeiten sind und als verantwortungsbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger handeln. Daraus abgeleitet halten sie sich für die Auftrags Erfüllung einsatzbereit bzw. in der heutigen Formulierung „kriegstüchtig“.

Dieser Aspekt der Staatsbürgerin und des Staatsbürgers in Uniform ist Ausdruck einer militärischen Notwendigkeit zum Schutz des Staates sowie seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Innere Führung beruht auf einem Menschenbild, das Menschenwürde, Selbstbestimmung und Verantwortung des Individuums in den Mittelpunkt stellt.

Als Führungskultur hat sie sich seit Jahrzehnten im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr bewährt. Innerhalb dieses Aufgabenspektrums erfolgt zwangsläufig immer wieder die Begegnung mit anderen kulturellen Orientierungssystemen. Dies beginnt bereits im täglichen Miteinander in den Standorten.

In der Bundeswehr entstand aus den Erkenntnissen der Auslandseinsätze die Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen Einrichtung, die Ausbildung gewissermaßen standardisiert und ein einheitliches Verständnis vermittelt. So wurde 2009 die Zentrale Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz (ZKIK) am Zentrum Innere Führung in Koblenz eingerichtet. Die Einrichtung im Kontext der Inneren Führung ist zielführend, da dort bereits die Grundlagen zu Interkultureller Kompetenz im Hauptgestaltungsfeld Menschenführung hinterlegt sind.

„Der richtige Umgang mit Menschen, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben, die interkulturelle Kompetenz, erhöht die Handlungs- und Verhaltenssicherheit der Soldatinnen und Soldaten und sichert die Akzeptanz von Minderheiten in der Bundeswehr. Im Auslandseinsatz ist interkulturelle Kompetenz zudem eine wesentliche Voraussetzung für die Auftrags Erfüllung und den Eigenschutz. Vorgesetzte fordern und fördern die interkulturelle Kompetenz ihrer Untergebenen so, dass diese verhaltenssicher und respektvoll sowohl gegenüber der Bevölkerung des jeweiligen Einsatzgebietes als auch gegenüber Angehörigen anderer Nationen auftreten. Vorgesetzte bilden für die Zusammenarbeit in multinationalen Einheiten und Verbänden aus.“ (Innere Führung). >>

Foto: Flickr/Quick Time



„Vom Grundprinzip her gilt es zu verstehen, wie andere Menschen „ticken“, warum sie so handeln, wie sie handeln, und was dies für den Umgang miteinander bedeutet.“

Die Vermittlung dieser Handlungs- bzw. Sozialkompetenz wird aktuell in eine neue Vorschrift „Persönlichkeitsbildung“ als Bildungsdimension „Interkulturelle Bildung“ eingebettet.

Damit ermöglicht interkulturelle Kompetenz den Soldatinnen und Soldaten, in der aktuellen Situation Haltung einzunehmen und zu zeigen. Dies gilt jeweils kontextabhängig für jegliche Situation.

Innerhalb der Bundeswehr hat der Anteil von Menschen mit unterschiedlichen ethnischen bzw. kulturellen Hintergründen deutlich zugenommen. Dies spiegelt auch die Realität in der deutschen Gesellschaft. Auch hier steigt die kulturelle Vielfalt weiter. Dieser Trend wird die Bundeswehr bei der zukünftigen Personalgewinnung sowie Personalbindung begleiten. Das Leitbild der Staatsbürgerin und des Staatsbürgers in Uniform kann an dieser Stelle einen neuen Stellenwert erhalten. Der Umgang in der Bundeswehr untereinander kann für Menschen aus anderen kulturellen Orientierungssystemen zur Blaupause werden, um sich als Staatsbürger und Staatsbürgerin in die Gesellschaft gewinnbringend einzubringen.

In einem multinationalen, militärischen Kontext ist es zielführender, ein Grundverständnis für die Funktion kultureller Orientierungssysteme zu vermitteln und zu entwickeln. Dies führt zur Handlungssicherheit und Interoperabilität von Soldatinnen und Soldaten in verschiedenen kulturellen Umfeldern, inklusive der eigenen Organisationen mit drei Statusgruppen und in Teilen divergierenden Regelwerken und Lebenswelten.

Dieses Verständnis ist in den Vorschriften „Innere Führung“ und „Interkulturelle Bildung in der Bundeswehr“ als Grund- bzw. Sozialkompetenz für Interaktion und in Begegnungssituationen für unterschiedliche Einsatzszenarien definiert.

Die Angehörigen der Bundeswehr verfügen über eine Grundbefähigung, die unterschiedlichen kulturellen Orientierungssysteme zu verstehen, um im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr handlungssicher und im Sinne des Auftrages zu interagieren.

Dies trägt auch dem Prinzip Rechnung, dass die Vermittlung Interkultureller Kompetenz im Rahmen Interkultureller Bildung einen Prozess darstellt, der eben nicht mit einem einmaligen Training vollendet ist, sondern der regelmäßigen Beschäftigung mit und Fortführung des Themas bedarf. Im besten Fall wird dies ein lebenslanger Prozess. In die Bundeswehr übersetzt meint dies einen „dienstzeitlangen“ Kompetenzerwerb bzw. -aufwuchs.

Dieser beginnt mit der Auseinandersetzung mit den Grundlagen wie: Was ist Kultur, wie funktioniert Wahrnehmung, was sind Vorurteile, Stereotype und Bias, was ist eine Perspektive und was ein Perspektivwechsel, was meint Empathie und wo sind die Grenzen, was ist ein Kulturschock, wie funktioniert Reflexion, was ist Toleranz und was bedeutet Akzeptanz. Dies beantwortet im Rahmen der Selbstreflexion die Frage nach dem eigenen kulturellen Orientierungssystem und den Werten, für die ich einstehe.

Vom Grundprinzip her gilt es zu verstehen, wie andere Menschen „ticken“, warum sie so handeln, wie sie handeln, und was dies für den Umgang miteinander bedeutet.

Wichtig hierbei ist, dass vorhandene Regelwerke verständlich erklärt und nachvollziehbar offengelegt werden, sodass Menschen, die neu in ein geregeltes Orientierungssystem eintreten, dieses Stück für Stück nachvollziehen und verstehen können. An dieser Stelle wird eine Erkenntnis besonders wichtig: Der Prozess des gegenseitigen Verstehens und der damit einhergehenden Integrationsleistung bedarf immer der aktiven Mitwirkung mindestens zweier Personen bzw. Gruppen. Einseitig wird dieser Prozess nicht funktionieren. An dieser Stelle greift der Begriff der Akkulturation, der kulturellen Austausch- und Entwicklungsprozesse, die ein „neues“ Miteinander definieren.



Foto: Flickr/

Inwieweit dieses möglich ist, wird u. a. durch den gültigen normativen Rahmen definiert. Die Grenzen des normativen Rahmens werden durch das Grundgesetz und teilweise auch supranationale Rechtsnormen vorgegeben. Hinzu kommen regionale bzw. lokale Brauchtümer und Traditionen sowie nicht niedergeschriebenes Gewohnheitsrecht. Dies gilt es zu erklären und zu vermitteln. Dazu bedarf es einer Bereitschaft in der aufnehmenden Bevölkerung, die mit einer Kameradschaft vergleichbar ist, und der Bereitschaft der ankommenden Menschen, sich auf das Orientierungssystem des neuen Lebensumfelds einzulassen. Insbesondere Sprache und Sprachvermittlung sowie die Teilhabe am Arbeitsleben bilden das Fundament, um sich als Teil der Gemeinschaft zu verstehen und ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben führen zu können.

Damit dies gelingt, ist es wichtig zu verstehen, dass ein Miteinander nicht nur aus Gemeinsamkeiten besteht, sondern auch durch Unterschiede definiert wird, die in ihrer Vielfalt als bereichernd und eine Chance verstanden werden können, sofern dies auch gewollt ist. Die Notwendigkeit der Integration vor dem Hintergrund der demografischen Situation in Deutschland ist bereits hinlänglich beantwortet und bedarf keiner weiteren Diskussion. ■

Die Sensibilisierung von Soldatinnen und Soldaten für kulturelle Unterschiede im Miteinander zielt darauf ab, die Kommunikation mit Einheimischen zu verbessern, Konflikte zu vermeiden und die Sicherheit zu erhöhen.

Der AUTOR



Foto: Hartmut Stiffel

Oberregierungsrat Dipl.-Geogr. Hartmut Stiffel arbeitete von 2005 bis 2012 im Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr. Seit 2013 ist er Mitarbeiter in der Zentralen Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz der Bundeswehr (ZKIKK) am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz.

Konflikte im Gazastreifen – Eine Übersicht

Bereits zum fünften Mal binnen der vergangenen 20 Jahre steht der Gazastreifen im Zentrum eines blutigen Krieges. Wie und warum wurde dieser Landstrich zum Dauerkonfliktherd?

Ein Beitrag von Nadin Schley, Stand: 10.04.2024

Der Gazastreifen, ein schmaler Küstenstreifen am südöstlichen Mittelmeer, ist von einem hohen Sicherheitszaun umgeben und beherbergt fast 2,2 Millionen Einwohner auf einer Fläche von knapp 360 Quadratkilometern. Die Mehrheit der Bewohner sind Flüchtlinge, die in Lagern leben und vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) betreut werden. Die Bevölkerung besteht hauptsächlich aus sunnitischen Muslimen.

Wie ist die Situation in Gaza?

Fast 75 Prozent der Bewohner des Gazastreifens sind Flüchtlinge, die ursprünglich auf dem heutigen Staatsgebiet Israels oder im Westjordanland lebten. Über die Hälfte von ihnen lebt in acht Lagern, die vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) betreut werden. **Etwa 99 Prozent der Einwohner sind sunnitische Muslime**, während **weniger als ein Prozent Christen** sind. **Juden haben den Gazastreifen seit 2005 verlassen.** Das Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum der Region ist Gaza im Norden des Küstengebiets mit etwa 600.000 Einwohnern. Die Grenzstadt Rafah verfügt über den einzigen offiziellen Grenzübergang nach Ägypten, während Israel die Kontrolle über die beiden anderen Übergänge hat. Bereits vor

Oktober 2023 wurde die humanitäre Situation im Gazastreifen vom Auswärtigen Amt der deutschen Bundesregierung als prekär eingestuft. Fast die Hälfte der Bevölkerung war auf humanitäre Nahrungsmittelhilfe angewiesen, die vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) quartalsweise verteilt wurde.

Die Menschen im Gazastreifen leiden unter Nahrungsmittelknappheit, eingeschränktem Zugang zu sauberem Wasser, unzureichender Gesundheitsversorgung, einem mangelhaften Bildungssystem und maroder Infrastruktur. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, insbesondere bei jungen Menschen. Angesichts der Tatsache, dass fast 40 Prozent der Bevölkerung jünger als 14 Jahre ist, dürfte sich die Situation in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Verantwortlich für diese Situation sind neben der seit Jahren anhaltenden Blockade durch Israel und Ägypten vor allem auch die seit 2007 bestehenden politischen Machtverhältnisse im Gazastreifen. Aufgrund wiederholter bewaffneter Konflikte mit Israel in den letzten zwei Jahrzehnten sind beträchtliche Gebiete des Gazastreifens verwüstet. Die Ein- und Ausreise in den Gazastreifen ist streng reglementiert, ebenso der Import von Strom, Treibstoff oder Baumaterialien und der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Politische Lage im Gazastreifen

Der Gazastreifen ist politisch Teil des Palästinensischen Autonomiegebiets und unterliegt formell der Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Tatsächlich übernahm die Hamas nach innerpalästinensischen Konflikten im Jahr 2007 die Regierungsgeschäfte im Gazastreifen, obwohl sie von Israel, der Europäischen Union und den USA als Terrororganisation eingestuft wird. Das Hauptziel der Hamas, die 1987 gegründet wurde, ist die Zerstörung Israels und die Errichtung eines islamischen Staates Palästina an dessen Stelle. Die Hamas entstand während der Ersten Intifada aus dem palästinensischen Zweig der fundamentalistischen Muslimbruderschaft. Neben ihrem militärischen Flügel ist die Hamas auch eine politische Partei und betreibt ein soziales Hilfswerk. Sie erhält finanzielle Unterstützung von Ländern wie Katar und dem Iran. Seit sie die Kontrolle im Gazastreifen übernommen hat, hat die Hamas Israel wiederholt angegriffen, hauptsächlich mit Raketen, die in nahe gelegenen israelischen Städten Menschen getötet und verletzt haben.

Historischer Hintergrund des Konflikts

Das Gebiet um die Stadt Gaza wurde seit etwa 3.000 Jahren kontinuierlich besiedelt und war oft Schauplatz von Auseinandersetzungen. Im Laufe der Jahrhunderte herrschten hier verschiedene Völker, darunter Ägypter, Assyrer, Babylonier, Perser, Griechen, Römer und Araber, gefolgt von europäischen Kreuzfahrern und schließlich den Osmanen ab dem frühen 16. Jahrhundert. Während des Ersten Weltkriegs besetzte Großbritannien die Küstenregion sowie das gesamte Gebiet des heutigen Israel und Jordanien. Die Kontrolle über das Mandatsgebiet Palästina wurde am 24. Juli 1922 durch den Völkerbund, die Vorläuferorganisation der Vereinten Nationen (UN), international an London übertragen.

Im Mandatstext wurde dem jüdischen Volk die Möglichkeit einer "nationalen Heimstätte" in einem Gebiet in Aussicht gestellt, das seit Ende des 19. Jahrhunderts zum Ziel zionistischer jüdischer

Einwanderer aus Europa geworden war, aufgrund zunehmenden Antisemitismus in Europa. Durch mehrere Einwanderungswellen stieg der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Palästina bis 1945 auf 30 Prozent an. Ihr Ziel war es, im biblisch verheißenen Land Israels einen eigenen Staat zu gründen. Dieses Ziel verfolgten auch die bereits dort lebenden arabischsprachigen Palästinenser.

Teilungspläne der Vereinten Nationen

Die Briten gerieten schnell in ihrem Mandatsgebiet zwischen die arabisch-palästinensische Nationalbewegung und zionistisch motivierte Juden, da sie beiden Seiten große Hoffnungen auf ein eigenes Gebiet gemacht hatten. Da auch die eigenen Mandatsbehörden immer wieder ins Visier genommen wurden, entschied sich London, das Problem an die Vereinten Nationen zu übergeben. Die Resolution 181, die am 29. November 1947 verabschiedet wurde, sah die Schaffung eines arabisch-palästinensischen und eines jüdischen Staates im britischen Mandatsgebiet westlich des Jordans vor. Jerusalem sollte als neutrale Enklave unter internationale Verwaltung gestellt werden.

Gründung Israels und erster arabisch-israelischer Krieg

Die arabischsprachige Bevölkerung und viele Nachbarländer lehnten den Teilungsplan aus verschiedenen Gründen ab, während die jüdische Selbstverwaltung in Palästina (Jischuv) ihn akzeptierte - obwohl Jerusalem nicht Teil ihres Staates sein sollte. Als am 14. Mai 1948 das britische Mandat über Palästina endete, erklärte der Politiker Ben-Gurion noch am selben Tag in Tel Aviv die Unabhängigkeit des Staates Israel. Kurz darauf griffen Armeen mehrerer arabischer Länder in Palästina ein, um den neu gegründeten jüdischen Staat zu zerstören.

Folgen des Krieges

Israel gewann den ersten arabisch-israelischen Krieg und eroberte dabei Gebiete, die im ursprünglichen UN-Plan nicht vorgesehen waren, wie Westjerusalem und größere Regionen im Norden und Süden. Die palästinensische Bevölkerung floh daraufhin in großer Zahl. >>

Zeitstrahl zum Nahostkonflikt

1917

Im Ersten Weltkrieg eroberten britische Truppen Palästina. Der damalige Außenminister Lord Balfour versprach 1917 in der Balfour-Deklaration die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für das jüdische Volk in Palästina.

Großbritannien stellte jedoch zur fast selben Zeit den arabischen Völkern Unabhängigkeit in Aussicht, wenn sie den Briten im Kampf gegen das Osmanische Reich helfen würden.

1922

Als Palästina 1922 offiziell britisches Mandatsgebiet wurde, wurde damit auch die Balfour-Deklaration als Teil der Mandatsakte völkerrechtlich verbindlich.

Das verstärkte die Spannungen zwischen Juden und Arabern, sodass es in den 1920er-Jahren zu den ersten gewaltsamen Konflikten kam. Durch die zunehmende jüdische Einwanderung und den vermehrten Landkauf durch Juden kam es immer häufiger zu gewaltsamen Aufständen von palästinensischen Arabern, woraufhin sich Teile der jüdischen Gemeinschaft in Palästina ebenfalls militarisierten.

1930ER-JAHRE

Aufgrund der Machtübernahme der Nationalsozialisten und infolge des Zweiten Weltkrieges sind zahlreiche Juden aus Europa nach Palästina geströmt.

Zum Vergleich

*1918
rund 66.000 Juden in Palästina*

*1936
rund 370.000 Juden in Palästina*

1947

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) rief in ihrer UN-Resolution 181 dazu auf, das britische Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen.

Die Araber in Palästina und die arabischen Staaten lehnten den Plan ab, während die Juden zustimmten.

1948

Die britischen Truppen verließen Palästina und der damalige designierte israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion erklärte Israels Unabhängigkeit.

Am Tag darauf erklärten die arabischen Nachbarn Ägypten, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien den Krieg. Im ersten israelisch-arabischen Krieg konnte der neue Staat sein Territorium vergrößern und den Westteil Jerusalems erobern. Rund 700.000 Palästinenser sind geflohen.

1956

Infolge der Verstaatlichung des Suezkanals durch Ägypten kämpften Israel, Großbritannien und Frankreich um die Kontrolle des Suezkanals.

Die sogenannte Suezkrise artete in den zweiten israelisch-arabischen Krieg aus. Der Krieg wurde jedoch international verurteilt und es kam schließlich zum Waffenstillstand und einem Rückzug der Truppen.

1964

Der erste Palästinensische Nationalrat gründete an diesem Tag die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization, PLO)

Erst rund ein Jahrzehnt später, 1974, wurde die PLO von den Vereinten Nationen als offizielle Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt.

1967

Im dritten israelisch-arabischen Krieg eroberten israelische Truppen den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, das Westjordanland, Ostjerusalem und die Golanhöhen.

Auslöser für den Krieg waren die Blockade der Meerenge von Tiran für israelische Schiffe durch Ägypten sowie der Aufruf Ägyptens an Syrien, Jordanien, den Irak und Saudi-Arabien, ihre Truppen an Israels Grenzen zu stationieren.

1973

An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, wurde Israel überraschend von einer Allianz arabischer Staaten unter Führung von Ägypten und Syrien überfallen (vierter israelisch-arabischer Krieg)

Israel ist es gelungen, den Angriff unter schweren Verlusten abzuwehren.

1982

Die PLO hat israelische Siedlungen im Norden des Landes (Galiläa) angegriffen, Israel reagierte darauf Anfang Juni mit massiven Luftangriffen auf PLO-Stellungen im Libanon, auch Syrien wird in den fünften israelisch-arabischen Krieg hineingezogen.

Die USA und die damalige Sowjetunion machen Druck und es kommt nur wenige Tage später zum Waffenstillstand. Ein Friedensvertrag beendete 1983 den Krieg im Libanon.

1987

Nach zunehmenden Spannungen im Laufe der 1980er-Jahre kam es schließlich zum Ausbruch des ersten Palästinenseraufstands, der sogenannten Intifada.

Auslöser war ein Zusammenstoß zwischen einem israelischen Militärlastwagen und zwei palästinensischen Taxis, dabei sind vier Palästinenser ums Leben gekommen.

1993

Israels Ministerpräsident Jitzchak Rabin und PLO-Chef Jassir Arafat unterzeichneten das Osloer Friedensabkommen.

Damit endeten die gewaltsamen Auseinandersetzungen und die Erste Intifada. Zwei Jahre später trat das Oslo-II-Abkommen in Kraft und damit wurde die Errichtung einer palästinensischen politischen Struktur in Gang gesetzt.

Zeitstrahl zum Nahostkonflikt

2000

Nach einem Besuch von Israels damaligem Oppositionsführer Ariel Sharon auf dem Tempelberg in Jerusalem ist die zweite Intifada ausgebrochen.

Die zweite Intifada endete erst 2005 mit einer beidseitigen Waffenruhe.

2002

Israel startete den Bau einer 750 Kilometer langen Sperranlage rund ums Westjordanland, wobei Zäune und Mauern sich zum Teil auf palästinensischem Gebiet befinden.

Das Nahost-Quartett bestehend aus USA, Russland, EU und UN legte ein Friedenskonzept (Roadmap) vor, das die Verwirklichung einer Zweistaatenlösung vorsieht. Der Stufenplan bzw. die Roadmap wurde bis zum heutigen Tag nicht komplett umgesetzt.

2005

Gegen den Widerstand der Siedler räumt Israel alle Siedlungen im Gazastreifen und zieht seine Truppen aus dem Palästinensergebiet am Mittelmeer ab.

Spaltung innerhalb der palästinensischen Bewegung: Die radikalislamische Hamas spaltete sich von der PLO ab. Sie erlangte 2007 die Kontrolle über den Gazastreifen, während das Westjordanland in den Händen der PLO bzw. Fatah (= stärkste Fraktion der PLO) verblieben ist.

2006

Israel und die libanesische Hisbollah-Miliz bekämpften sich in einem einmonatigen Krieg.

Auslöser war die Tötung israelischer Soldaten durch die Hisbollah-Miliz.

**2008/2012/
2014**

Während dieser Jahre ist der Konflikt um den Gazastreifen erneut eskaliert und massive Kampfhandlungen zwischen dem israelischen Militär und der Hamas waren die Folge.

Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinenserführung von Abbas sind kurz vor dem Krieg 2014 gescheitert.

2017

Ex-US-Präsident Donald Trump verkündete den Umzug der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem und erkannte damit Jerusalem als Israels Hauptstadt an.

Die Verlegung der Botschaft ist international umstritten, die Palästinenser sehen darin das Ende der Zweistaatenlösung. Sie reklamieren Ost-Jerusalem als Hauptstadt, die Israelis ganz Jerusalem als „ewige und unteilbare Hauptstadt“.

2020

Trump und Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu haben einen Nahost-Friedensplan vorgelegt, den die Regierung der palästinensischen Autonomiegebiete allerdings ablehnte.

2021

Der Konflikt um den Gazastreifen ist wieder aufgeflackert.

Über 11 Tage lang folgten Raketenangriffe durch die Hamas und Luftangriffe durch Israel.

2022

Ab Frühjahr 2022 ist es wiederholt zu Unruhen und militärischen Auseinandersetzungen mit Toten auf beiden Seiten gekommen.

Ende Oktober 2022 warnten Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien in einer Stellungnahme, dass die „anhaltenden Spannungen und steigende Zahl von Opfern auf beiden Seiten in den besetzten Palästinensischen Gebieten alarmierend“ seien.

2023

Vom Gazastreifen drangen am 7. Oktober 2023 Terroristen der militant-islamistischen Hamas nach Israel ein und töteten mehr als 1.300 Menschen, vorwiegend Zivilisten. Es war die bislang blutigste Terrorattacke auf israelischem Boden. Noch am gleichen Tag begann Israel mit Luftangriffen auf den Gazastreifen.

*Die israelischen Behörden gaben an, dass mindestens 240 zivile Geiseln und militärische Gefangene im Gazastreifen festgehalten werden, sie machten jedoch keine Angaben zur spezifischen Anzahl ziviler Geiseln. Unter den Geiseln befinden sich 33 Kinder, ältere Menschen, Ausländer*innen oder Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft sowie israelische Soldat*innen.*

2024

Seitdem die Hamas im Oktober 2023 den Krieg ausgelöst hat, kommt es auf beiden Seiten zu massiven Kampfhandlungen im dichtbesiedelten Gazastreifen und Vorfällen in der ganzen Region.

Auf internationaler Ebene werden der Hamas und Israel Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Diese Vorwürfe sind zu gegebener Zeit durch internat. Instanzen zu prüfen. Die Vereinten Nationen und verschiedene Staaten bemühen sich, ihren Einfluss geltend zu machen, um eine Deeskalation, die Befreiung der Geiseln, die Verbesserung der Lage der Menschen in Gaza und die Verhinderung eines Flächenbrandes in Nahost zu erreichen.

BÜCHER DER AUSGABE

Leseempfehlungen aus der AUFTRAG-Redaktion

Endlich: Ein neuer Blick auf die Klimabemühungen



Voller neuester Forschungsergebnisse, praktischer Anleitungen und aufschlussreicher Grafiken wird dieses Buch uns dazu bringen, fast alles, was uns über die Umwelt erzählt wurde, neu zu überdenken. *Not the End of the World* gibt uns die Werkzeuge an die Hand, um unsere aktuelle Krise zu verstehen und Lebensstiländerungen vorzunehmen, die tatsächlich Auswirkungen haben. Die Autorin Hannah Ritchie durchbricht den öffentlichen Diskurs,

indem sie zeigt, was funktioniert und was nicht funktioniert, worauf wir uns dringend konzentrieren müssen, damit wir einen nachhaltigen Planeten für zukünftige Generationen hinterlassen können. Die Probleme sind groß. Aber sie sind lösbar. Wir sind nicht verloren. Wir können eine bessere Zukunft für uns alle aufbauen. Zu bestellen auf: amazon.de

This "eye-opening and essential" book (Bill Gates) will transform how you see our biggest environmental problems—and explains how we can solve them.

Das Böse darf nicht das letzte Wort haben!

Die Wunde von Auschwitz berühren. Ein deutscher Priester erzählt
Manfred Deselaers mit Piotr Zylka
Herder Verlag
25 EUR

Seit 33 Jahren lebt der deutsche Priester Manfred Deselaers in Auschwitz. Sein Einsatz für Versöhnung zwischen den Menschen ist seine Berufung. In diesem Buch teilt er seine Gedanken über Verantwortung, Gott und das Leid und erzählt aus seinem Leben. Er ist überzeugt: "Wir können nicht alles Böse und alles Leid Gott in die Schuhe schieben, denn wir

sind es, die für das, was in der Welt geschieht, verantwortlich sind." Mit Beginn des Ukrainekriegs hat sein Einsatz für Versöhnung und gegen Hass neu an Aktualität gewonnen. Was ihm in diesen Zeiten Hoffnung gibt und warum er nicht aufhört, für Russland zu beten, erzählt er in diesem Buch.



Ein Filmemacher und sein Schicksal



Der Filmemacher Max Kronawitter erhält eine erschütternde Diagnose: In seinem Gehirn wurde ein lebensbedrohlicher Tumor entdeckt. Über viele Jahre hinweg hat er Menschen in ungewöhnlichen Lebenssituationen mit der Kamera begleitet und auch den Prozess des Sterbens und den Tod dokumentiert. Nun findet er sich plötzlich auf der anderen Seite wieder. Dabei erkennt er, dass er durch viele seiner Fragen und Gefühle bereits einen Teil des Weges mit den Menschen gegangen ist,

die er begleitet hat. In seinem Buch verknüpft er sein eigenes Schicksal mit den Geschichten der Protagonisten aus seinen Reportagen. Das Ergebnis ist ein Dokument über eine existenzielle Lebenssituation, den Alltag nach einer Hirnoperation sowie Fragen zum Tod und zur Bedeutung des Lebens. Auch hier zeigt Max Kronawitter sein feines Gespür für Perspektiven, Atmosphäre und Stimmungen und bewahrt dabei seine Zuversicht und seinen Humor.

Ikarus stürzt.
Mein Tumor, meine Filme und mein neues Leben auf Zeit.
Max Kronawitter
Herder Verlag
24 EUR